



POLITIK / MEINUNGEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Venezuela: "Der Begriff 'humanitär' manipuliert

(Mexiko-Stadt, 26. Februar 2019, Desinformémonos) - Der Vorsitzende des kolumbianischen Roten Kreuz, Christoph Harnisch, lehnt die Bezeichnung "humanitäre Hilfe" im Falle der Hilfslieferungen von der venezolanischen Opposition - unter Führung von Juan Guaidó und mit ... (S. 4)

RECHT / FAKTEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko Befragung von Indígenas soll Gesetz werden

(Mexiko-Stadt, 6. März 2019, npl) - Inmitten der Diskussion über die Art und Weise, wie die neue mexikanische Regierung "Volksbefragungen" zu Großprojekten durchführt, hat die Innenministerin Olga Sánchez Cordero die Ausarbeitung eines Gesetzes über die vorherige, freie und informierte sowie nach Treu und Glauben durchgeführte und kulturell angemessene Befragung der indigenen Völker angekündigt. Das Gesetz solle auf ... (S. 5)

Brexit - der Irland-Konflikt lebt auf ...

(SB) 8. März 2019 - Die Verhandlungen zwischen London und Brüssel über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (EU) stecken nach Angaben beider Seiten vollends in der Sackgasse - und das drei Wochen vor dem Austrittsdatum am 29. März. Es droht ein ungeordneter Austritt, der extrem negative wirtschaftliche Folgen auf beiden Seiten des Ärmelkanals hätte und der nur den Katastrophen-Kapitalisten und ihren politischen Wasserträgern, den harten Brexiteers bei den regierenden Konservativen um Premierministerin Theresa May, nützte. Auf dem diesjährigen Autosalon in Genf haben vor wenigen Tagen die Chefs der deutschen, französischen und japanischen Fahrzeugunternehmen, die in Großbritannien zusammen für rund 850.000 Arbeitsplätze sorgen, dringend vor dem sogenannten No-Deal-Brexit und dessen potentiellen Auswirkungen gewarnt.

Mit Blick auf das eventuelle Eintreten des schlimmstmöglichen Szenarios in Sachen Brexit fangen die Briten jetzt schon mit den Schuldzuweisungen an. In einem Interview am heutigen Vormittag mit BBC Radio 4 warnte Außenminister Jeremy Hunt vor "vergif-

teten" Beziehungen Großbritanniens zur Rest-EU "für viele Jahre", sollte Brüssel nicht endlich mehr "Flexibilität" bei den Verhandlungen zeigen. Größte Schwierigkeit hierbei ist der sogenannte "Backstop", den May im vergangenen Dezember als Teil des Withdrawal Agreements mit Brüssel vereinbart hatte. Beim Backstop handelt es sich um die Aufrechterhaltung einer ordnungspolitischen Einheit zwischen der Republik Irland und Nordirland, damit auch nach dem Brexit keine Grenze auf der grünen Insel entsteht. Die Vermeidung einer "harten" inneririschen Grenze gilt als Voraussetzung dafür, daß der Nordirlandkonflikt, der 1998 mit dem Karfreitagsabkommen beigelegt wurde, nicht wieder aufflammt.

Leider gibt es jedoch reaktionäre Kräfte im Vereinigten Königreich, die damals im Karfreitagsabkommen eine Kapitulation Tony Blairs gegenüber den "Terroristen" von der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) sahen und den Vertrag deshalb bis heute nicht richtig akzeptiert haben. Das sind dieselben Kräfte, die bei den britischen Konservativen und den protestantischen Unionisten in Nordirland den Brexit von Anfang an bis heute vorangetrieben

haben in der Hoffnung, das alte Empire in Form eines "Global Britain" wieder auferstehen zu lassen. Die Rede ist von den rund 130 Tory-Abgeordneten der European Research Group (ERG) um Jacob Rees-Mogg und Ex-Außenminister Boris Johnson sowie von der Democratic Unionist Party (DUP), deren zehn Abgeordneten seit Juni 2017 Mays Minderheitsregierung an der Macht halten. Nachweislich haben die Austrittsbefürworter bei der Volksbefragung 2016 die britischen Wahlgesetze, was Menge und Herkunft von Wahlkampfspenden betrifft, mit den Füßen getreten - ohne jedoch juristisch zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Bis heute weiß auch niemand, woher die 435.000 Pfund, mit denen die DUP in London wenige Tage vor dem Referendum gegen die EU die mit Abstand teuerste Anzeigenkampagne der nordirischen Geschichte finanziert hat, kamen. Man vermutet, daß das Geld von irgendwelchen Scheichs am Persischen Golf stammte, die geschäftliche Verbindungen zum rechtslibertären Freundeskreis Donald Trumps pflegen.

Die ERG und die DUP haben im Januar zusammen mit der restlichen Opposition im Unterhaus für die katastrophale Niederlage gesorgt, die May bei der Abstimmung über ihren Deal mit der EU erlitten hat. Seitdem versucht die Premierministerin Brüssel dazu zu bringen, die Irische Republik in Stich zu lassen und den Backstop abzuschwächen, damit sie das Withdrawal Agreement doch noch durch das Parlament bekommt. In Brüssel nimmt man die britische Premierministerin jedoch nicht mehr ernst. Wollte sie

sich ernsthaft mit Brüssel gütlich einigen, hätte sie sich längst mit der EU auf einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in Zollunion und Binnenmarkt verständigen können. Für eine solche Option gibt es eine Mehrheit im Unterhaus. Das wissen auch alle. Doch statt die Tories zu spalten, versucht May die Europhoben bei der ERG und der DUP zu besänftigen. Und da spielt Brüssel nicht mehr mit. Nach tagelangen Gesprächen mit dem britischen Justizminister Geoffrey Cox erklärten die EU-Unterhändler vor zwei Tagen dessen Forderung nach einer verbindlichen Ausstiegsklausel für London in bezug auf den Backstop für nicht erfüllbar.

Vor diesem Hintergrund weiß niemand so richtig, wie es im britischen Parlament weitergehen soll. In der heutigen Ausgabe des Guardians sprach ein anonym konservativer Hinterbänkler von einem Klima bei den Tories vergleichbar mit "den letzten Tagen Roms". Mays Zeit als Premierministerin ist auch bald vorbei. Möglicherweise findet in den nächsten Tagen und Wochen der gemäßigte Flügel der Konservativen zusammen mit den oppositionellen Sozialdemokraten um Jeremy Corbyn und den schottischen Nationalisten einen Ausweg aus der Krise - oder auch nicht. Innerhalb der EU steht man der möglichen Bitte Londons um eine zeitliche Verschiebung von Brexit skeptisch bis ablehnend gegenüber, weil die Gewährung einer solchen Frist rechtliche Probleme bei der Zusammensetzung des europäischen Parlaments, das im Mai neu gewählt werden soll, mit sich bringt. Nähmen dann die britischen Bürger an den EU-Wahlen teil? Niemand weiß es.

Währenddessen bereitet Boris Johnson, der sich von Trumps ehemaligem Wahlkampfmanager Stephen Bannon beraten läßt, die Ablösung Mays als Parteivorsitzende und den eigenen Aufstieg zum Tory-Chef samt eventuellen Einzugs in Number 10 Downing Street vor. Zu diesem Zweck hat Johnson - ähnlich wie Trump ein Verbalrambo, jedoch auf gebildeterem Niveau - am 1. März das brisante Thema Nordirlandkonflikt instrumentalisiert. Er griff öffentlich unbestätigte Meldungen auf, wonach der Chef der Anklagebehörde in Nordirland eine Mordanklage gegen vier britische Soldaten wegen ihrer Teilnahme an Bloody Sunday (1972 wurden 14 katholische Teilnehmer einer Bürgerrechtsdemonstration in Derry von Mitgliedern des 1. königlichen Fallschirmjägerregiments getötet), um sich demonstrativ als Retter der militärischen Ehre Großbritanniens aufzuspielen. Hierzu dürfe es nicht kommen; eine solche Entwicklung wäre ein großes und inakzeptables Unrecht, so der Ex-Bürgermeister von London. Beobachter gehen davon aus, daß May und die Tories in den nächsten Tagen ein Verjährungsgesetz verabschieden werden, um genau diesen Fall zu verhindern.

Seit 1998 verschleppen die Behörden in London und Belfast jede Aufarbeitung der "Troubles" in Nordirland, damit die Nachwelt niemals das wahre Ausmaß der Zusammenarbeit der britischen Geheimdienste mit den loyalistischen Paramilitärs bzw. ihrer Unterwanderung der IRA erfahren soll. Aktuell ist die heimliche Zusammenarbeit von Armee und Geheimdiensten Großbritanniens mit loyalistischen "Terrorgrup-

pen" gegen die IRA ein großes mediales Thema wegen der verstörenden Dokumentarfilme "No Stone Unturned" über das Loughlinisland-Massaker 1994 und "Unquiet Graves" über die "Glenane Gang" aus protestantischen Paramilitärs und Polizisten, die unter anderem die Autobombenanschläge von Dublin und Mohnaghan 1974 (33 Tote) verübt hat. Ende November fing in Belfast eine öffentliche Anhörung über das Blutbad an, das britische Soldaten 1971 im katholischen Viertel Ballymurphy angerichtet haben. Damals starben zehn Menschen - alles Zivilisten, darunter Frauen und Kinder - im Kugelhagel.

Ausgerechnet vor diesem Hintergrund ist es am 6. März bei einer Debatte im britischen Unterhaus zu einer schweren und gezielten Provokation gekommen. Auf Anfrage der DUP-Abgeordneten Emma Pengelly, deren eigener Vater, Noel Little, 1991 wegen des illegalen Imports größerer Mengen Waffen aus Südafrika für die protestantischen Ulster Volunteer Force (UVF) und Ulster Defence Association (UDA) zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden war, bat Mays Nordirland-Ministerin Karen Bradley um eine Stellungnahme zur möglichen Anklageerhebung gegen britische Soldaten wegen Bloody Sunday und ähnlichem. Dazu meinte Bradley, 90 Prozent aller Todesfälle während der "Troubles" gingen auf das Konto der "Terroristen". Die Soldaten, die damals Ihrer Majestät Königin Elizabeth II. in Nordirland gedient haben, hätten "keine Verbrechen" begangen, "nach Befehl" gehandelt und sich stets "würdig" verhalten. Für die eindeutige und einseitige Aussage bekam Bradley

von der DUP-Fraktion sichtlich zufriedenes Nicken.

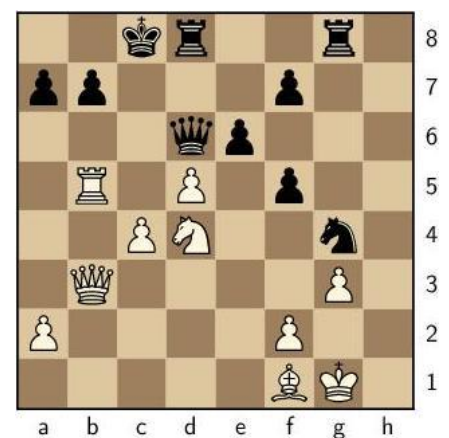
In der Republik Irland sowie bei Katholiken und gemäßigten Protestanten nördlich der Grenze schlugen die Worte Bradleys wie die sprichwörtliche Bombe ein. Es hagelte geradezu an Rücktrittsfordernungen. Nach Ansicht aller Kommentatoren in den regulären sowie den sozialen Medien - DUP-Getreue natürlich ausgenommen - hatte die Nordirland-Ministerin durch ihre unvorsichtige Formulierung großen Schaden angerichtet. Noch am selben Abend sowie am nächsten Tag hat sich die gescholtene Ministerin in einer Reihe von Interviews entschuldigt und von der umstrittenen Erklärung distanziert. Das sei nicht ihre Meinung, beteuerte sie - was natürlich die Frage aufkommen läßt, warum sie sich von der DUP derart hat vorführen lassen. Die Anwälte der Angehörigen der Opfer des Ballymurphy-Massakers wollen nun Anzeige gegen Bradley wegen Behinderung der Justiz bzw. des unzulässigen Versuchs der Einflußnahme auf ein laufendes Verfahren erstatten. Noch am 6. März war der Eingang dreier Briefbomben aus Irland in der britischen Hauptstadt - am Bahnhof Waterloo sowie an den Flughäfen Heathrow und London City - gemeldet worden. Der Absender ist bislang unbekannt. Der Vorfall macht jedoch deutlich, welchen Sprengstoff die Frage der irischen Grenze heute noch in sich birgt. Mit der innewohnenden Gefahr gehen einige britische Politiker entweder mit Absicht oder gespielter Ignoranz viel zu leichtfertig um.

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/redakt/prtn-374.html>

SCHACH - SPHINX

Kampfwütiger Däne

(SB) - Niemand wäre verwundert gewesen, wenn der dänische Großmeister Bent Larsen bei einem Turnier elf Punkte aus 13 Partien erzielt, also neun Partien gewonnen und vier remisiert hätte. Auch daß er sich mit drei Zählern Vorsprung den Siegeslorbeer aufgesetzt hätte, wäre keines Erstaunens wert gewesen - in seinen besten Kampffahren! In den Sechzigern war Larsen wild, ungebärdig und stets auf Konfrontation aus, und er war es gewesen, der die restliche Welt gegen die Sowjetunion am Spitzenbrett angeführt hatte. Doch der Sieg in Buenos Aires 1980 durch den damals 44jährigen Larsen, der zuvor lange kein Turnier mehr gewonnen hatte, kam dann doch einer Sensation gleich, zumal unter seinen Konkurrenten Anthony Miles, Ulf Andersson, Boris Ivkov und Florin Gheorghiu zu finden waren. Der argentinische Altmeister Miguel Najdorf, der übrigens unter die Preisträger kam, erklärte hinterher, nie zuvor einen solch kampfwütigen Dä-



Spasski - Larsen
Buenos Aires 1980

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT*pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen***Venezuela: "Der Begriff 'humanitär' manipuliert"**

(Mexiko-Stadt, 26. Februar 2019, *Desinformémonos*) - Der Vorsitzende des kolumbianischen Roten Kreuz, Christoph Harnisch, lehnt die Bezeichnung "humanitäre Hilfe" im Falle der Hilfslieferungen von der venezolanischen Opposition - unter Führung von Juan Guaidó und mit Unterstützung der USA und Kolumbien - ab. Denn hinter diesen Lieferungen stehe ein politisches Interesse. "Es ist sehr wichtig die Ziele der humanitären Hilfe zu kennen und das darf ausschließlich humanitär begründet sein. Keine anderen Beweggründe dürfen die humanitäre Hilfe beeinflussen. (...) Sie muss sich nach den Bedürfnissen der am stärksten Betroffenen richten," erklärte Harnisch in einem Interview mit der kolumbianischen Zeitschrift *Semana*. Der Leiter des Roten Kreuzes in Kolumbien fügte hinzu: "Damit die humanitäre Hilfe die größtmögliche Wirkung erzielen kann, muss sie neutral und unabhängig sein. Derjenige, der die Hilfe verteilt, muss unabhängig entscheiden können, wem die Hilfe zukommen soll. Die Verteilung muss im Anschluss an eine sorgfältige Bedarfsanalyse unparteiisch erfolgen."

Humanitäre Hilfe darf nicht für politische Zwecke eingesetzt werden

"Der Begriff der humanitären Hilfe wird von allen Seiten manipu-

lativ verwendet. 'Humanitär' darf kein umstrittener Begriff sein. Er darf nur im Zusammenhang mit den Interessen der Menschen eingesetzt werden. (...) Es ist unnötig, Bedingungen zu schaffen, die eine Lösung im Interesse aller erschwert (...)", erklärte Harnisch. Schließlich folgert er: "Wichtiger als die Benennung der Hilfslieferungen - als humanitär oder nicht - ist die Frage: Entsprechen die Hilfslieferungen den Bedürfnissen der Menschen? Welches Ziel wird damit verfolgt, Hilfslieferungen an der Grenze abzuladen und dann zu sagen, ihr müsst sie verteilen? Gibt es auf der anderen Seite der Grenze ausreichende organisatorische Strukturen, um das zu leisten? Das ist für uns ein sehr wichtiges Kriterium: Wer macht das? Gehen die Lieferung tatsächlich an jene, die sie am meisten benötigen? Das Ganze hat dazu geführt, dass wir gesagt haben, okay, es wurde ohne uns geplant und da gibt es keinen Platz für uns."

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat sich weltweit den Ruf einer neutralen Organisation erarbeitet, dessen Mission es ist, jenen zu helfen, die sich in Kriegssituationen befinden und deren Menschenrechte in Gefahr sind. Die Container, die sich an der venezolanischen Grenze in Cucutá befinden, wurden von einer Gruppe Staaten geschickt (den USA und der Lima Gruppe), deren Ziel es ist, die venezolani-

nen gesehen zu haben. Im heutigen Rätsel der Sphinx zerpfückte Larsen den Ex- Weltmeister Boris Spasski, der zuletzt 1.Dd1-b3 gespielt hatte und nun glaubte, für die verlorene Qualität eine Spur von Gegenspiel bekommen zu können. Nun, Wanderer, ließ es Larsen soweit kommen?

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Brausender Applaus, als Viktor Kupreitschik mit 1...Sf6xe4! die weiße Stellung auseinandernahm. Zwei schwarze Figuren hingen, aber keine durfte geschlagen werden, zum Beispiel 2.Lh4xe7? Se4xc3 3.a2-a3 - 3.b2xc3 Tc8xc3 - 3...Sb4-a2+ 4.Kc1-d2 Ld7-a4 5.Db3-b7 Sc3xd1+ 6.Kd2xd1 Tc8xc2 oder 2.Sc3xe4 Ld7-a4! 3.Db3-a3 Sb4xc2 4.Da3-c3 Tc8xc3. Sein Kontrahent Vitali Zeschkowski hoffte, sich mit 2.a2-a3 aus der Feuerlinie bringen zu können. Ein Irrtum, wie Kupreitschik schlagend bewies: 2...Sb4xc2! 3.Db3xc2 Se4xc3 4.Lh4-e1 Le7-f6 5.Sf3-e5 - notwendig, da 5.Le1xc3 Lf6xc3 6.Kc1-b1 Ld7-a4 7.b2-b3 Tc8-b8 kaum verdaulich gewesen wäre - 5...Ld7-a4 6.Le1xc3 - jetzt unvermeidlich - 6...La4xc2 7.Lc3xa5 Lc2xd1+ 8.Kc1xd1 d6xe5 - Resultat: totes Endspiel für Weiß - 9.f4xe5 Lf6xe5 10.b2-b4 Tc8-c3 11.a3-a4 Tc3-a3 12.Kd1-c2 Le5-d4 13.Th1-d1 e6-e5 und Weiß gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06860.html>

sche Regierung abzusetzen. Dabei handelt es sich um ein politisches und nicht um ein humanitäres Ziel. Die Hilfslieferung entspricht somit nicht den Prinzipien der Unvoreingenommenheit und Neutralität, die die Grundlage des Internationalen Roten Kreuzes bilden.

Mit Informationen von La Iguana TV

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/allgemein/venezuela-der-begriff-humanitaer-manipuliert/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0846.html>

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool

Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188,

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Befragung von Indígenas soll Gesetz werden

(*Mexiko-Stadt, 6. März 2019, npl*)
- Inmitten der Diskussion über die Art und Weise, wie die neue mexikanische Regierung "Volksbefragungen" zu Großprojekten durchführt, hat die Innenministerin Olga Sánchez Cordero die Ausarbeitung eines Gesetzes über die vorherige, freie und informierte sowie nach Treu und Glauben durchgeführte und kulturell angemessene Befragung der indigenen Völker angekündigt. Das Gesetz solle auf der Würde dieser Völker basieren und sie als Rechtssubjekte anerkennen. Dabei gehe es nicht nur um die Anerkennung der Völker, sondern auch deren Normsysteme.

Die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes wird in den Aufgabebereich der Nationalen Behörde der Indigenen Völker (INPI) fallen. Adelfo Regino Montes, Leiter der INPI, indigener Anwalt aus dem Bundesstaat Oaxaca und Angehöriger des Volkes der Mixe will dafür Verfassungsänderungen vorschlagen. Das Gesetz wird sich an den Standards der ILO-Konvention 169, der Erklärung der UNO über die Rechte der Indigenen Völker und an der Erklärung der Organisation Amerikanischer Staaten orientieren. Neben der adäquaten Umsetzung der Befragung ist jedoch der Knackpunkt, inwieweit eine Befragung, selbst wenn sie die formalen und inhaltlichen Kriterien erfüllt, den

indigenen Völkern und Gemeinden ein Vetorecht gegen sie betreffende Projekte einräumt.

Ohne dieses Vetorecht bleiben die indigenen Befragungen nach Ansicht zahlreicher Kritiker*innen lediglich eine Formsache und oft ein Legitimationsinstrument, um Großprojekte durchzusetzen. Die Anwältin Magdalena Gómez formulierte es in einem Beitrag in der Tageszeitung La Jornada vom 5. März so: "Meinem Urteil nach ist das schwerwiegende Problem, dem sich die indigenen Völker gegenübersehen, dass ihre kollektiven Rechte nach wie vor negiert und mit den Füßen getreten werden. Das Regierungshandeln hat einen anderen Horizont. In der Praxis ist der Wille des Präsidenten bestimmend. Dafür hat er sich mit einer angeblichen Bürger*innenbefragung zum Volkswillen ausgestattet, mit der zuvor getroffene Entscheidungen abgesehnet werden sollen."

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/befragung-von-indigenas-soll-gesetz-werden/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

REDAKTION / WOCHENDRUCKAUSGABE / EDITORIAL



Foto: © by Schattenblick

Sattelfest

Hier handelt es sich um einen positiven Hinweis in unserem Ausdrucksspektrum menschlicher Begriffe im weitesten Sinne für die Bereitstellung einer produktiven Hilfs- und Gebrauchsfähigkeit im Rahmen gesellschaftlicher Arbeit oder menschlicher Nutzbarkeit.

Mit der Verwendung vieler Worte und Begriffe weist die menschliche Sprache so auf die Voraussetzungen zum Zweck der Umwelt-, Lebens- und Wirklichkeitsbewältigung wie auf Werkzeuge, Hilfsmittel, mithin Prothesen und ähnlichem, hin, auf die der Mensch wohl kaum verzichten kann.

Der erste Schritt jener Aneignung allerdings, der, als Beginn des Raubes betrachtet, das Fortleben menschlicher Schaffenskraft und Selbstverwirklichung als unabweisliche Bedingung des menschlichen Tuns, im sitzergreifenden Sinne gar als beutebewährter Gebrauch und verstoffwechselnder Verzehr, bestimmt, wäre dann die Triebfeder und der Endpunkt aller Taten. Jedoch läßt sich dieser Umstand, von welchem Ausgangspunkt auch immer betrachtet, offensichtlich auf die erfolgreichste Art, sich zu behaupten, festschreiben und über die Jahrtausendlinie des anwachsenden Selbsterhaltes auf eine zunehmend vorherrschende Taktik zurückführen, welche gut und gerne als das Überleben zu Lasten der eigenen Art bezeichnet werden kann, wenn auch dem Satteln eines unterworfenen Wesens eine tragende Funktion zugesprochen werden sollte.

Ihre Schattenblick-Redaktion

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Nutzi Putzi ...



Grafik: © 2019 by Schattenblick

- 1 EUROPOOL - REDAKTION: Brexit - der Irland-Konflikt lebt auf ...
- 3 SCHACH-SPHINX: Kampfwütiger Däne
- 4 POLITIK - MEINUNGEN: Venezuela - "Der Begriff 'humanitär' manipuliert" (poonal)
- 5 RECHT - FAKTEN: Mexiko - Befragung von Indígenas soll Gesetz werden (poonal)
- 6 REDAKTION - WOCHENDRUCKAUSGABE: Editorial
- 7 UNTERHALTUNG - COMIC: Hartzel - Nutzi Putzi ...
- 8 DIENSTE - ETTER: Und morgen, den 9. März 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. März 2019

+++ Vorhersage für den 09.03.2019 bis zum 10.03.2019 +++



Wechselwetter wunderbar,
Sonne, Sturm und Regen,
da bleibt Jean-Luc unter sich
auf des Schlafes Wegen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.